

**Redebeitrag der Seebrücke Potsdam zur *Demo Pushback Police – Bundespolizei*  
*Abschiebefrei* gemeinsam mit *Balkanbrücke Berlin* und *Fahrradprotest-Aktion Ohne*  
*Kerosin Nach Berlin* am 09.09.21 in Potsdam**

Am 26. September ist die Bundestagswahl. Parteien und Spitzenkandidat:innen befinden sich im Wahlkampfmodus. Die verschiedenen Parteien von schwarz, rot, grün, gelb bis blau-braun kämpfen um Wähler:innenstimmen. Nichts geschieht zufällig. Alles geschieht aus dem politischen Kalkül heraus, möglichst viele Wähler:innenstimmen zu bekommen.

Schon seit mehreren Jahren ist eine Diskursverschiebung immer weiter an den rechten Rand zu beobachten, deutschland- aber auch europaweit. Ein Erstarken der neuen Rechten. Es wird öffentlich darüber debattiert, es würde an der großen Zahl der geflüchteten Menschen liegen, die es unter Lebensgefahr doch nach Deutschland geschafft haben. Die einzige vielleicht etwas humane Tat 2015 die Grenze zu öffnen, die sicherlich nicht nur aus reiner Humanität, sondern genauso aus politischem Kalkül getroffen wurde, wird im Nachhinein medial und politisch ausgeschlachtet und der Satz: "Wir schaffen das!" als großer Fehler der Kanzlerin bezeichnet. Natürlich hätten wir das geschafft, mit ernsthaftem Humanismus, mit der Einhaltung des Grundrechts auf Asyl, mit einer Politik, die wirklich eine Willkommenskultur unterstützt und mit einer entschlossenen Haltung gegenüber rechtem Gedankengut. Statt dessen gehört rechte Hetze und Hass seitdem zum traurigen Alltag nicht nur in den sozialen Medien. Mobs ziehen durch Städte und schreien "absaufen", befeuert von einer offen rechtsradikalen Partei, die in den Bundestag einzieht. Wie reagiert die Bundesregierung? Sie versucht, die an den rechten Rand verlorengegangenen Wähler:innen wieder zurück zu fischen. Sogar fast im ganzen Parteienspektrum wird hektisch versucht, die sogenannten "Wutbürger" wieder zurück in die eigenen Parteien zu sozialisieren. Mit fatalen Folgen.

"Rechts von uns darf es niemanden geben im Bundestag" lautet das Motto.

Es lassen sich zahlreiche Beispiele aufzählen, angefangen bei gravierenden Asylrechtsverschärfungen, über mangelnde Aufklärung bis Blockadehaltungen bei rechtsradikalen Straftaten, fehlender Wille zur Aufklärung bei rassistischen willkürlichen Polizeikontrollen, Abschiebungen in das Land, das als das gefährlichste Land der Welt gilt, bis hin zu einer Zusammenarbeit mit einer Terrormiliz in Lybien.

Das sind nur wenige Beispiele dafür, wie politische Entscheidungsträger:innen in den letzten Jahren eine immer inhumanere menschenverachtendere Linie gefahren haben. Sie haben den rechtsextremen Ideolog:innen in die Hände gespielt, anstatt sich ihnen mutig und entschlossen entgegen zu stellen. Und auch vor dieser Bundestagswahl wird eher die alte Angst vor dem Kommunismus erörtert, anstatt die reale Gefahr durch Rechtsaußen.

Und vor allem reagiert die schwarz rote Bundesregierung als einer der mächtigsten Akteure innerhalb der EU, mit Abschottung und geschlossenen Grenzen. Mit Elendslagern an den Außengrenzen. Wer es trotz Pushbacks und der aktiven Behinderung von Rettungsmissionen irgendwie schafft, in die EU zu gelangen, wird systematisch physisch und psychisch traumatisiert, in langwierigen Aufenthalten in menschenverachtenden Lagern, mit jahrelang ungeklärtem Aufenthaltsstatus ohne Aussicht auf irgendeine Perspektive.

Genau heute vor einem Jahr brannte das Lager Moria auf Lesbos ab. Tausende Menschen wurden danach durch die Verweigerung von Nahrung und Hilfsgütern dazu gezwungen in ein

notdürftig hergerichtete Camp zu ziehen, in dem die Lebensumstände noch katastrophaler waren als in Moria selbst. Das ist die Migrationspolitik Deutschlands und der EU. Geflüchtete Menschen haben kein Wahlrecht. Sie sollen Europa und Deutschland nicht erreichen. Und die Außengrenzen schützen soll die Agentur Frontex.

Die begangenen Menschenrechtsverletzungen der sogenannten Grenzschutzagentur Frontex sind lange bekannt. Immer wieder kommen Berichte an die Öffentlichkeit, die zeigen, dass Frontex sich an illegalen Push- und Pullbacks beteiligt. Allein die Tatsache, dass diese belegten Menschenrechtsverletzungen keine politischen Konsequenzen nach sich ziehen, ist Skandal genug. Doch was macht die EU, die sich auf die Werte Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit beruft? Sie plant, das Jahresbudget für Frontex bis 2027 auf mehr als 1,5 Milliarden Euro zu verdreifachen! Und nicht nur das: Eine Agentur, die nachweisbar Menschenrechtsverletzungen begeht und durch Wegschauen Menschen dem sicheren Tod überlässt, bekommt zusätzlich neue Befugnisse. Geschaffen wird eine sogenannte "Ständige Reserve" einheitlich uniformierter Frontex-Beamte\*innen, die zusätzlich an der Grenze mit Handfeuerwaffen ausgerüstet werden dürfen. Damit besitzt Europa zum ersten Mal eine eigene Polizeitruppe.

Und weil Frontex seit 2016 dazu befugt ist, eigene Ausrüstung zu erwerben, wird sich dazu gerne mal mit dem Who-Is-Who der Waffenlobby getroffen. Das ist kein Zufall: Frontex verlagert seine Einsätze schon seit langem vom Wasser in den Luftraum, weil bei Einsätzen in der Luft die Pflicht der Seenotrettung umgangen werden kann. In mehreren Fällen konnte durch Flugdaten rekonstruiert werden, dass Frontex-Flugzeuge in der Nähe waren, als Boote in Seenot gerieten. Trotzdem wurde den Menschen nicht rechtzeitig geholfen. Die Standorte von völlig überfüllten Booten in Seenot werden häufig einfach, zum Beispiel, an die sogenannte libysche Küstenwache weitergegeben. Um diese legale Grauzone nutzen zu können, rüstet Frontex mit militärischer Hochtechnologie auf: unbemannte Drohnen übernehmen jetzt immer häufiger die Migrationsabwehr. Von Waffenfirmen lässt sich Frontex außerdem Produkte wie Handfeuerwaffen, Munition, Sensoren, Kameras und Server für die Speicherung von biometrischen Daten vorstellen. Hier wird unter Finanzierung der EU ein neuer Absatzmarkt für, unter anderem deutsche, Rüstungsindustrie geschaffen.

Wir schauen also dabei zu, wie Menschen, verzweifelte Menschen, die aus ihrer Heimat fliehen müssen, mit hochmoderner militärischer Ausrüstung davon abgehalten werden, nach Europa zu kommen. Und wer profitiert von dieser menschenwürdigen Praxis auch noch? Firmen wie Heckler und Koch, Glock oder Airbus.

An der menschenverachtenden Abschottungspolitik und der Militarisierung der EU-Außengrenzen ist Deutschland nicht nur indirekt über deutsche Waffenfirmen, sondern auch direkt durch politische Entscheidungen beteiligt. Die Verbrechen von Frontex werden von der Bundesregierung personell, finanziell und materiell unterstützt.

Die "Ständige Reserve" der Agentur Frontex von 10.000 Beamte:innen bis 2027 soll von 1100 deutschen Polizist:innen unterstützt werden.

Nachdem bereits bekannt wurde, dass deutsche Beamte:innen direkt an brutalen, völkerrechtswidrigen Zurückweisungen in der Ägäis beteiligt gewesen waren, folgten keine politischen Konsequenzen. Im Gegenteil: Die CDU schreibt in ihrem Wahlprogramm, sie wolle zur Gewährleistung von "Sicherheit" und "Grenzschutz" die personellen Kapazitäten von Frontex deutlich aufstocken und der Agentur hoheitliche Befugnisse zuteilen.

Das zeigt: Die menschenfeindliche Praxis von Frontex und anderen Akteur\*innen ist auch von Deutschland politisch gewollt. Diese aktive Unterstützung von menschenrechtswidrigem Vorgehen werden wir nicht akzeptieren!

Hier neben uns entsteht gerade der Neubau der Bundespolizeizentrale. Etwa 800 der 4300 Mitarbeiter\*innen des Bundespolizeipräsidiums sind hier in der Zentrale beschäftigt. Ein personeller Zuwachs ist geplant, sodass etwa 1000 Beschäftigte in den Neubau ziehen sollen. Direkt vor unserer Nase entsteht also der riesige Neubau einer Institution, die aktiv an der Militarisierung der Festung Europa und der Unterstützung von Frontex beteiligt ist. Nicht nur personell, sondern ebenfalls mit technischen Einsatzmitteln wie Hubschraubern, Streifenfahrzeugen und Hunden.

Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke betonte, Brandenburg sei stolz auf den Ausbau der Zentrale in Potsdam. Der Neubau stelle eine Anerkennung für die hervorragende Arbeit der Bundespolizei dar, die uns und unsere Demokratie tagtäglich schütze.

Ich sage: Wir sind nicht stolz, wir schämen uns! Wir werden uns sicher nicht über 26.000 Quadratmeter neue Bundespolizei freuen, sondern wir werden laut bleiben und uns der rassistischen und inhumanen Praxis an den europäischen Außengrenzen aktiv entgegenstellen! Das bedeutet: Abolish Frontex, Abolish Police!

Lufthansa profitiert als Großes deutsches Unternehmen seit Jahren von Abschiebungen. Jede vierte Abschiebung wird von Lufthansa durchgeführt. Die Fluggesellschaften, die abschieben, sollen nicht an die Öffentlichkeit gelangen, da die Konzerne Angst vor einer Rufschädigung haben aufgrund ihrer "Deportation Class".

Die Verantwortung lässt sich aber nicht abschieben. Es ist die eigene Entscheidung des Konzerns, sich an menschenrechtswidrigen Abschiebungen zu beteiligen und daran zu verdienen aber bitte nicht öffentlich. Wir tragen hier heute gerne zur weiteren Rufschädigung mit bei. Es ist das Recht aller Pilot:innen, sich zu weigern, eine Abschiebung durchzuführen. Es kann sich dabei auf Paragraph 12 des Luftsicherheitsgesetzes berufen werden, welcher besagt, dass alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen sind, um eine bestehende Gefahr für Einzelpersonen oder des Luftfahrzeuges insgesamt abzuwenden. Davon wird jedoch viel zu selten Gebrauch gemacht, obwohl im Falle einer Abschiebung fast immer eine Gefahr für das Leben der Person besteht, die zwanghaft abgeschoben wird. Wir fordern alle Pilot:innen dazu auf, sich zu weigern Menschen unter Zwang auszufliegen!

In den letzten Jahren wurden immer mehr Länder durch die deutsche Regierung zu "sicheren Herkunftsländern" erklärt. Die Spitze des Eisberges der Menschenverachtung waren die Abschiebungen von sogenannten "Straftätern" nach Kabul in den letzten Jahren. In das gefährlichste Land der Welt, aus dem uns wöchentlich Bilder von Terroranschlägen über unsere Bildschirme entgegen flimmerten. Und als wäre das nicht genug des Wahnsinns, schreibt Deutschland mit fünf weiteren EU-Staaten einen Brief an die EU-Kommission, mit der Bitte, weiter nach Afghanistan abschieben zu dürfen. Etwa eine Woche vor der Machtübernahme der Taliban. Dazu kam es nicht mehr, die Ereignisse in Kabul überschlugen sich und ein völlig überforderter deutscher Außenminister gab sich öffentlich überrascht. Die Geheimdienste hätten eine Machtübernahme ja erst etwa 30 Tage später vorhergesagt. Einen ausgearbeiteten Notfallplan für eine Evakuierung gab es anscheinend nicht.

Die aktuellen Geschehnisse in Afghanistan entlarven wieder einmal die Tatsache, dass auch in absoluten Krisensituationen der politische Wille der Bundesregierung fehlt, die Hilfe zu leisten, die eigentlich notwendig wäre. Der Umgang mit der Rettungsaktion der Kabul Luftbrücke hat gezeigt, dass sich das Auswärtige Amt sowie das Bundesinnenministerium lieber in bürokratischen Endlosschleifen verstricken, als angemessen auf eine sich lange vorher ankündigende Krise zu reagieren. Die Schilderungen der Organisator\*innen der Initiative lassen wirklich ratlos zurück. Es wurde bekannt, dass trotz der Warnung der deutschen Botschafterin in Washington fast anderthalb Wochen vor dem Fall Kabuls, nicht gehandelt wurde. Da kommt man schnell zu der Annahme, da wurde lieber einfach abgewartet und das Beste gehofft, weil man vor der Bundestagswahl besser keine Entscheidung treffen wollte. Anschließend rühmte man sich öffentlich mit der Unterstützung des Fliegers der Kabul Luftbrücke, um die Rettungsaktion sofort danach mit einer bürokratischen und politischen Verhinderungstaktik massiv zu behindern. Letztendlich konnten 18 Menschen mitfliegen und damit gerettet werden, 180 Sitze blieben leer. Anschließend wurden zum Glück weitere 189 Menschen mit amerikanischer Unterstützung gerettet. Es ist eine Schande, dass die Initiator:innen der Kabul Luftbrücke händeringend versuchen mussten, die Aktion ohne die Unterstützung der Bundesregierung durchzuführen. Letztendlich waren sie erfolgreich, doch das alles ist ein Armutszeugnis für das Krisenmanagement und die Rettungsbereitschaft Deutschlands. Und weiter prüft das BMI Listen von gefährdeten Personen, während einige von ihnen sterben oder Todesurteile erhalten. Ob es nun bloße Bürokratie oder Unwille ist, ich weiß nicht, was ich schlimmer finden soll.

Nach diesem noch immer andauernden Totalversagen der Bundesregierung sowie des Auswärtigen Amtes und des Innenministeriums muss man dann noch Schlagzeilen lesen, in denen es heißt, die EU wolle keine Anreize für illegale Migration schaffen und deshalb keine Zusage zur Aufnahme von Flüchtenden aus Afghanistan machen. Währenddessen faselt Seehofer mal wieder von einem Pull-Effekt. Diese Selbstverständlichkeit, mit der Deutschland systematisch flüchtende Menschen daran hindert, in Sicherheit zu kommen, mit der zwischen deutschen Staatsbürger:innen, Ortskräften und Afghan:innen unterschieden wird und Rettungsaktionen erschwert werden, nehmen wir nicht hin! Dieser Skandal muss aufgearbeitet werden!

Am 26.9. haben wir wieder einmal die Wahl. Ich will nicht wählen zwischen rechts, bisschen rechts und nach rechts winkend. Ich will auch nicht die Wahl zwischen inhuman und menschenverachtend. Ich will Frontex und die Lufthansa nicht mitbezahlen und auch keine weiteren Abschiebeflugzeuge. Ich will sichere Fluchtwege und eine sichere Bleibeperspektive für alle Menschen auf der Flucht. Und ich will den Satz, 2015 solle sich nicht wiederholen nie wieder hören!

Pushback Frontex und Bundespolizei!  
Lufthansa Abschiebefrei!  
Menschenrechte sind unverhandelbar!

Artikel zum Thema:

- (1) <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/strengthening-external-borders/>
- (2) <https://www.bundespolizei.de/Web/DE/03Unsere-Aufgaben/04Internationale-Aufgaben/Frontex.html>
- (3) [https://www.bundespolizei.de/Web/DE/05Die-Bundespolizei/03Organisation/01Praesidium/Praesidium\\_node.html](https://www.bundespolizei.de/Web/DE/05Die-Bundespolizei/03Organisation/01Praesidium/Praesidium_node.html)
- (4) [https://www.bundespolizei.de/Web/DE/04Aktuelles/01Meldungen/2018/09/180927\\_spateinstich\\_bp0lp.html](https://www.bundespolizei.de/Web/DE/04Aktuelles/01Meldungen/2018/09/180927_spateinstich_bp0lp.html)
- (5) <https://twitter.com/luventaCrew/status/1401322277560635395?s=19>
- (6) <https://www.kabulluftbruecke.de/update/>
- (7) <https://www.n-tv.de/politik/Sechs-EU-Laender-wollen-weiter-abschieben->
- (8) <https://oezlem-alev-demirel.de/wp-content/uploads/2021/06/Grenzdrohnen-Studie-Monroy.pdf>
- (9) <https://www.spiegel.de/ausland/luftbruecke-kabul-mit-initiatorin-theresa-breuer-im-interview-ueber-die-private-rettungsaktion-aus-kabul-a-4dc39316-f57f-4061-8ad6-8316499d6ab9>
- (10) <https://www.republik.ch/2021/04/10/ueber-der-grenze>
- (11) <https://www.buzzfeed.de/recherchen/frontex-gefluechtete-ertrunken-ueberwachung-luft-drohnen-flugzeuge-libyen-90654342.html>
- (12) <https://frontexfiles.eu/>